

Liebe Leute!

Hiermit möchte ich Euch mitteilen, dass ich ein weiteres Mal für den KoKreis kandidieren will. Allerdings ist mir diese Entscheidung noch nie so schwer gefallen wie diesmal. Das hat vor allem mit der Art zu tun, wie wir in den letzten Monaten in Attac Debatten zur Krise geführt oder auch nicht geführt haben.

Aber Wahlen sind ja bekanntlich dazu da, dass Menschen auswählen können. Und so möchte ich Euch vor die Wahl stellen, ob Positionen, wie ich sie vertrete, im KoKreis durch mich weiterhin vertreten sein sollen. Das soll keine Drohung sein, mit anderen Positionen keine Kompromisse mehr zu suchen, wie es unserem Konsensprinzip entspricht, aber doch auch ein klares Bekenntnis, dass bestimmte Positionen und Standards in der Kompromissuche stärker Berücksichtigung finden sollten als bisher.

Die Probleme, die ich sehe, möchte ich an zwei aktuellen Beispielen transparent machen: unserer Debatte zum ESM und der Diskussion, die wir gerade um das Bündnis Umfairteilen führen. Zunächst zum ESM: Da kam vor einigen Monaten von einigen der Vorwurf, Attac hätte das Thema ESM verschlafen und müsste jetzt noch dringend dazu aktiv werden. Einige Mitglieder von Attac Berlin und Stuttgart schrieben einen offenen Brief an die Abgeordneten, Attac Aachen verbreitete eine Postkarte, auf der sie den ESM mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis vergleichen, ein mittlerweile ausgeschlossenes Rats-Mitglied hielt eine Attac-Rede auf einer sehr rechtslastigen Kundgebung und auf unseren Mailinglisten waren auch eine ganze Reihe von Äußerungen zu lesen, die sich kritisch mit dem ESM auseinandersetzten. Ich war und bin immer noch über vieles entsetzt, was ich damals zu lesen und zu hören bekam. Um dabei nicht falsch verstanden zu werden: Ich meine nicht, dass nicht auch linke Kritik am ESM Not tut. Diese müsste aber zu allerst an den Bedingungen ansetzen, zu denen der ESM Kredite an Länder in finanziellen Schwierigkeiten vergibt. Zu diesen Bedingungen gehört, dass sie den Fiskalpakt und ein Memorandum of Understanding unterzeichnen müssen. In diesem Sinne waren unsere gegen den Fiskalpakt gerichteten Aktivitäten auch immer Aktivitäten gegen den ESM, denn wo kein Fiskalpakt ist, kann es auch keinen darauf aufbauenden ESM geben. In dem Brief aus Berlin und Stuttgart muss man bis zum Punkt 3.2. vorstoßen, bis dieses Thema auftaucht, aber es wird wenigstens erwähnt. In anderen Äußerungen fehlte es oft völlig. Statt dessen war viel davon zu lesen, wie undemokratisch der ESM wäre. Auch diese Kritik ist berechtigt, allerdings auch wieder zu allerst dann, wenn sie in Bezug auf die Auflagen erfolgen würde, die die Empfängerländer erfüllen müssen, die oftmals auf einen glatten Bruch der in diesen Ländern geltenden Verfassungen hinauslaufen. Das war aber meist nicht gemeint. Statt dessen wurde darüber geklagt, dass der deutsche Bundestag zu wenig zu sagen hätte. Ich halte es für angemessen, den ESM mit dem IWF zu vergleichen und die Rolle Deutschlands im ESM mit der der USA im IWF. Ich fände es bei jeder IWF-Kampagne grotesk, wenn sie den Hebel ausgerechnet beim Mitspracherecht des US-Kongresses ansetzen würde, und ich sehe keinen Grund, das beim ESM entsprechend anders zu handhaben. Dass das von vielen in Attac anscheinend anders gesehen wurde, liegt wohl nicht zu letzt daran, dass ein Teil unserer politischen Gegner im rechtskonservativen Spektrum eine Kampagne gestartet hatte, die den Eindruck erweckte, als würde es ihnen um Demokratie gehen. In Wirklichkeit ging es wohl eher darum, chauvinistische Reflexe a la '„unser“ Geld bleibt hier' mit einem Demokratiemäntelchen zu umhüllen und ich sehe ein großes Problem darin, dass anscheinend viel zu viele in Attac auf so etwas hereingefallen sind. Mit einer Aufklärung über Akteuer und Kräfte haben wir ja mittlerweile erfreulicherweise an einigen Orten bereits begonnen.

Allerdings ist es damit aus meiner Sicht noch nicht getan. Denn grundsätzlich bin ich auch ein Anhänger der Idee, dass es in der EU einen Mechanismus des Ausgleichs zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich weniger starken Ländern geben soll, der nach einem ähnlichen, regelbasierten System funktionieren sollte, wie wir es in Deutschland mit dem Länderfinanzausgleich kennen mit dem klaren Ziel, zumindest mittel- bis langfristig gleiche Lebensverhältnisse herzustellen. Ein solcher Ausgleich würde auf Regeln und damit auf klaren Rechten und Pflichten beruhen. Er würde damit einem völlig anderen Demokratieverständnis folgen

als das der oben bereits erwähnten rechtskonservativen Kreise, deren Demokratiebegriff sich in erster Linie darin erschöpft, Steuern für Diebstahl zu halten und jede Art von Umverteilung sich bestenfalls, wenn überhaupt, nur in Form von mildtätigen Almosen vorstellen zu können, bei denen jeder einzelne Cent vorher explizit der persönlichen Zustimmung bedarf.

Angesichts eines gesellschaftlichen Klimas, in dem eine solche Sichtweise es, gerade in Bezug auf die Eurokrise, schafft, bis weit in Attac vorzudringen, halte ich es für dringend erforderlich, dass wir zum ESM nicht einfach nur „Nein“ sagen, sondern eine dezidierte Kritik nach außen tragen, die das Kind einer transnationalen Solidarität nicht einfach mit dem Bade der derzeit betriebenen assozialen Krisenpolitik ausschüttet und deshalb dezidiert formuliert, unter welchen Bedingungen wir uns was für einen Ausgleichsmechanismus auf europäische Ebene vorstellen können.

Zweites Thema: Umfairteilen-Kampagne. Ich bin sehr unglücklich sowohl damit, was derzeit als eigenes „Attac-Konzept“ auf dem Tisch liegt, als auch, wie über das Bündnis diskutiert wird. Ich habe bereits einige Male vorgetragen, dass ich das Konzept, das die PG erarbeitet hat, aus ökonomischer Sicht für ziemlich Unsinn halte. Dort wird vertreten, dass alle Menschen mit mehr als 1 Mio. Euro Vermögen im Schnitt 50% ihres Vermögens abgeben sollen, wobei es einen Freibetrag pro Person von 1 Mio. Euro (Unternehmen 2 Mio. Euro) geben soll. Das soll angeblich mehr als 1 Bio. Euro Staats-Einnahmen bringen, die man dann z.B. für Bildung oder Soziales zur Verfügung hätte. Meines Erachtens ist das eine Milchmädchen-Rechnung, mit der sich Attac, sollte das Konzept breiter bekannt werden, nur gründlich blamieren würde. Die PG beruft sich auf Zahlen, nach denen es in Deutschland ca. 10 Bio. Euro Geldvermögen gibt, von dem ca. 830.000 Millionäre (die berühmten 1%) 30-40% halten, also ca. 3-4 Bio. Euro. Von diesem Betrag möchte man die Hälfte als Abgabe erheben, wobei im Konzept offen bleibt, ob sich diese 50% auf die Gesamtsumme beziehen oder der Freibetrag davon vorher nochmal abgezogen werden muss. Rein rechnerisch kämen, je nach dem, wie man die Werte ansetzt, zwischen 1 und 2 Bio. € heraus. Dabei soll die Vermögensabgabe, ähnlich wie bei der Einkommenssteuer, progressiv steigend erhoben werden, einfache Millionäre also entsprechend niedriger, hohe Vermögen entsprechend höher belastet werden, in der Spitze bis zu 80%.

Auch hier gilt, dass ich eine Kampagne für eine Vermögensabgabe für sehr begrüßenswert halte. Allerdings sollte sie mit realistischen Annahmen argumentieren. Von der Kampagne wird gern als Vergleich angeführt, dass mit dem sog. Lastenausgleich nach dem Krieg ebenfalls eine Vermögensabgabe von 50% erhoben wurde. Dabei werden aber Äpfel mit Birnen verglichen, denn damals hatten die Abgabepflichtigen nicht nur 30 Jahre Zeit, diese Abgabe zu bezahlen, sondern es herrschte auch ein hohes Wirtschaftswachstum, das es den meisten Abgabepflichtigen erlaubte, ihre Abgabe aus den laufenden Gewinnen zu finanzieren. Die tatsächlich geleistete Abgabe fiel auch wegen einer entsprechend hohen Inflation entsprechend niedriger aus. Verkürzt man die Zeit, wie von der PG vorgeschlagen, auf 10 Jahre und erhebt die Abgabe in einer Zeit niedriger Profite und Inflation, ist das so nicht möglich. Dann müssen die Vermögensbesitzer, die ihr Geld nicht einfach nur in bar oder auf einem Konto herumliegen, sondern zum größten Teil in Unternehmen, Wertpapieren etc. investiert haben, diese erst verkaufen. Damit das klappt, müssten sie erst einen zahlungsfähigen und -willigen Käufer finden. Da alle, die über nenneswertes Vermögen verfügen, aber das gleiche Problem haben (verkaufen zu müssen, um ihre Abgabe bezahlen zu können), dürfte das schwierig werden. Daneben geht es hier ja auch um Kapitalanlagen, deren Preis ganz wesentlich davon abhängt, welche Profite sich damit erzielen lassen. Und das spricht in Zeiten hoher Steuern, die wir ja zu Recht durchsetzen wollen, nicht gerade für hohe Preise. Deshalb ist ein solches Konzept mit Abgaben in dieser Höhe bestenfalls dazu geeignet, die Wirtschaft zu strangulieren, aber keinesfalls, 1 Bio. Euro in die Staatskassen zu spülen.

Meines Erachtens ist das Konzept ein typisches Beispiel für das Hammer-Problem: Wer als einziges Werkzeug einen Hammer hat, für den ist jedes Problem ein Nagel. Und so soll nun auch der Eurokrisen-Nagel mit dem Umverteilen-Hammer weg geschlagen werden. Ich bezweifle aus geschilderten Gründen, dass das so einfach funktioniert. Die Ursachen der Krise sind komplex. Und die Krise ist nicht nur eine Wirtschafts- oder gar Verteilungskrise, sondern eine tiefe,

mehrdimensionale Krise unseres ganzen Gesellschaftssystems. Attac war da schon Mal wesentlich weiter, hat große Kongresse zu den Grenzen des Wachstums veranstaltet, wusste, dass sich an den Kapitalmärkten große Blasen gebildet haben, die man nicht einfach umverteilen kann, sondern die es, z.B. in Form eines Schuldenschnitts, abzuschreiben gilt. Allgemein fällt auf, dass Attac zwar immer wieder mit großem Elan einzelne Themen beginnt, diese dann aber nicht mehr mit dem gleichen Schwung weiterbearbeitet und es leider auch nicht mehr schafft, die einzelnen Themenfelder und Erkenntnisse in einen entsprechenden Bezug zu einander zu stellen. Das soll kein Plädoyer dafür sein, im nächsten Jahr das Thema Umfairteilen nicht mehr als Schwerpunkt zu machen. Es sollte aber in dem Bewusstsein geschehen, dass in einen Werkzeugkasten mehr Werkzeuge gehören, als nur ein Hammer und auch ein Hammer, so nützlich er in vielen Fällen ist, trotzdem nicht das einzig zielführende Werkzeug in allen Lebenslagen ist

Kurz auch noch zum Thema Bündnisdebatte. Die Art und Weise, wie im Moment über das Bündnis und insbesondere die Beteiligung von Parteien dort diskutiert wird, halte ich für wenig zielführend. Es wird auf Dauer nicht weiterhelfen, immer nur über rot und grün zu lamentieren und wie sie uns immer wieder verraten haben. Auch diese Parteien sind keine monolithischen Blöcke sondern bestehen aus unterschiedlichen Flügeln und Strömungen. Trotz der großen Verschiebungen in Wahlen und Umfragen kann ich mir in absehbarer Zeit keine Mehrheiten vorstellen, die in unserem Sinne Politik und Gesellschaft verändern, die ohne mindestens eine dieser beiden Parteien auskommt. Der richtige Weg scheint mir eher zu sein, sich stärker selbst mit pfiffigen Konzepten und Vorschlägen zu profilieren. Daneben wundere ich mich über die Art, wie dort mal allgemein über Parteien als solche, mal über neoliberale Parteien im Besonderen gesprochen wird. Die allgemeine Parteienschelte wäre glaubwürdiger, wenn sie nicht ausgerechnet von Menschen kommen würde, die selbst aus dem Umfeld einer Partei kommen und zwar ausgerechnet derjenigen, die sich bei den letzten Protesten in Sachen Zurückhaltung als Partei auch nicht gerade mit Ruhm bekleckerten.

Von Tucholsky stammt der berühmte Spruch „Sie dachten, sie hätten die Macht, dabei waren sie nur in der Regierung.“ Attac täte gut daran, die in diesem Spruch steckende Weisheit in seinem Verhältnis zu Parteien zu beherzigen und zwar sowohl im Guten wie im Schlechten und in sofern keine all zu übertriebenen Erwartungen an einzelne Parteien zu haben, die noch nie in einer Regierung waren und deshalb auch noch keine all zu große Gelegenheit für Enttäuschungen hatten, aber auch keine pathologische Ablehnung gegen einzelne Parteien zu entwickeln, die uns immer noch in vielen Punkten näher als viele andere Parteien stehen. Ich schreibe das als jemand, der sowohl schon Mal aus der SPD als auch aus den Grünen ausgetreten und derzeit bei der Linkspartei Mitglied ist.

In Griechenland war von der faschistischen Partei Golden Dawn kürzlich zu hören, die nächsten Wahlen gewinne wahrscheinlich SYRIZA, aber danach wären sie dann dran. Keiner weiß im Moment, wohin uns diese Krise noch treibt. Wenn die Vision des Golden Dawn in Europa aber keine Realität werden soll, dann brauchen wir Konzept, die so radikal wie realistisch sind. Daran scheint mir im Augenblick auch bei Attac noch ein gewisser Mangel zu herrschen und an der Erarbeitung solcher will ich im nächsten Jahr gerne weiter mitarbeiten.

Für alle, die mich noch nicht kennen:

Ich bin 43 Jahre alt und lebe in Berlin. Ich habe Politikwissenschaft studiert, verdiene mein Geld aber mit Webprogrammierung. In Attac habe ich die EU-Ag mitgegründet und mich in den letzten Jahren vor allem mit dem Thema Eurokrise beschäftigt. Sollte ich gewählt werden, wäre ich das siebte Jahr im Kokreis, wobei ich zwischen dem dritten und vierten zwei Jahre Pause gemacht hatte.